

Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Während abwechselnd Kurz und steigende Covid-19-Zahlen Österreich in Atem halten, hat sich am Hindukusch mit der Machtübernahme der Taliban eine grundlegende politische Wende vollzogen. Die konkreten Auswirkungen für die gesamte Region sind noch nicht absehbar. Für die 50.000 aus Afghanistan stammenden Menschen in Österreich hatte der Fall Kabuls unmittelbare Auswirkungen. Sie sind Teil eines transnationalen Netzwerks, dessen Knoten in der alten Heimat nun gewaltsam zerschnitten wurden. Die österreichische Politik fährt in dieser Situation ungerührt fort, diese „Menschen, die in Österreich leben“ als nicht zugehörig zu definieren und so jede Verantwortung für ihre in Afghanistan gefährdeten Familien abzulehnen. Wir berichten in diesem Heft ausführlich über die Evakuierungen aus Afghanistan und die österreichische Position dazu.

Das andere große Thema der Stunde sind die anhaltenden illegalen Push-Backs an den EU-Außengrenzen, aber auch an der österreichischen Grenze zu Slowenien und Ungarn. In Österreich (Graz) läuft zurzeit die zweite Gerichtsverhandlung wegen eines mutmaßlichen Push-Backs. Den Fall schildert Monika Mokre von der Initiative *Push-Back Alarm Austria* in diesem Heft.

Polen hat inzwischen versucht, diese Push-Backs durch ein nationales Gesetz zu legalisieren, wobei es sich zum wiederholten Male über EU-Recht hinwegsetzt. Die Weigerung Polens, einigen tausend Geflüchteten das Stellen eines Asylantrags zu erlauben, hat zu einer politischen Eskalation geführt, in der die EU dazu tendiert, die Schuld allein dem weißrussischen Präsidenten Lukaschenko zuzuschieben. Dass auch für diesen Fall wieder diverse „Deals“ angedacht werden, zeigt warum sich die EU so schwer tut, Polen und Ungarn bei ihren fortgesetzten Rechtsverstößen Einhalt zu gebieten.

Die dritte aktuelle Krise manifestiert sich – wieder einmal – im „Lager“ Traiskirchen und in anderen inzwischen über ganz Österreich verteilten Bundesbetreuungseinrichtungen. Trotz Antragszahlen, die weit von jenen aus den Jahren 2015 und 2016 entfernt sind, halten sich Ende November in diesen Einrichtungen fast 800 unbegleitete Kinder auf – viele schon mehrere Monate. Für diese Fluchtwaisen hat noch niemand in Form einer Obsorge die Verantwortung übernommen. Es gibt für sie keine kindgerechte Betreuung, geschweige denn eine Perspektive. Grund sind die niedrigen Tagsätze, die in der Grundversorgungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern festgelegt sind und es den Ländern verunmöglichen, ausreichende Kapazitäten zur Verfügung zu stellen. Notwenige Reformen und Standards in der Grundversorgung werden in diesem Heft in einem Artikel von Daniela Krois diskutiert.

Um endlich gleiche Rechte für geflüchtete Kinder sicherzustellen, werden wir Anfang des Jahres gemeinsam mit vielen anderen Organisationen eine Kampagne starten. Helfen sie uns dabei, bittet

Herbert Langthaler